

UNI Europa ist ein europäischer Gewerkschaftsverband. Wir vertreten mehr als sieben Millionen Beschäftigte im europäischen Dienstleistungssektor. Gemeinsam kämpfen wir für eine innovative und qualitätsorientierte Dienstleistungswirtschaft, die, angespornt durch fairen Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt, nachhaltiges Wachstum und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schafft.

Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für qualitativ hochwertige Dienstleistungen – Ein UNI Europa Dienstleistungs-Manifest

Wachstum und Beschäftigung in einer inklusiven europäischen Wirtschaft

Die europäischen Verträge (insb. Art. 3 und 151 AEUV) beschreiben unmissverständlich, dass der Prozess der europäischen Einigung der Erzielung sozialen Fortschritts verpflichtet ist. Hiermit kommt in den Verträgen eine Überzeugung zum Ausdruck, die gleichzeitig im Zentrum der Arbeit von UNI Europa steht: Das europäische Projekt muss dazu dienen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in jedem Winkel eines friedlichen Kontinents zu verbessern.

Jedoch stehen derzeit unannehmbar hohe Raten von Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit in scharfem Widerspruch zu dieser Vision und gefährden den sozialen Zusammenhalt Europas. Der europäische Gedanke wird ausgehöhlt von einer Kombination aus Sparmaßnahmen und Lohnsenkungen, auf die die führenden europäischen Politiker ihre Hoffnungen für eine wirtschaftliche Erholung setzen. Selbst große soziale Errungenschaften der Vergangenheit werden infrage gestellt: Für mehr als 40 Jahren diente europäische Gesetzgebung dazu europäische Arbeitsplätze sicher und gesund zu machen. Nun jedoch scheint die Europäische Kommission kluge mit antisozialen Bestimmungen zu verwechseln, wendet sich von diesem Thema ab und bricht die europäischen Verträge, indem sie den Sozialpartnern die Umsetzung ihrer Vereinbarungen zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz verweigert.

Wir fordern, dass das europäische Parlament und die Kommission ihr Mandat in den Jahren 2014-19 nutzen, um den Anspruch wiederaufleben zu lassen eine Wirtschaft aufzubauen, die Wettbewerbsfähigkeit mit einem inklusiven europäischen Sozialmodell verbindet. Um die Krise zu beenden, muss Europa zur Schaffung dauerhafter, sicherer und qualifizierter Beschäftigung zurückkehren, von der man, als absolutes Minimum, zumindest leben kann. Hierfür braucht Europa ein Wachstumsmodell, das auf die Stärken Europas setzt: qualifizierte Beschäftigte und eine wissensintensive Wirtschaft, die innovative und qualitativ hochwertige Waren und Dienstleistungen produziert.

Eine umfassende EU-Politik für den Dienstleistungssektor

Der Dienstleistungssektor trägt mehr als 65 % zur Wirtschaftsleistung und zur Beschäftigung in der EU bei. Seine schiere Größe zeigt, dass der Dienstleistungssektor in einer modernen Gesellschaft und komplexen Wirtschaft absolut notwendige Funktionen erfüllt. Ohne eine zielgerichtete Politik für den europäischen Dienstleistungssektor können daher weder eine Wiederbelebung nachhaltigen Wachstums noch die Gewährleistung einer hohen Lebensqualität in Europa gelingen. Ebenso sind qualitativ hochwertige Dienstleistungen eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Herausforderungen des demographischen Wandels und des Klimawandels erfolgreich bewältigt werden können. Die Europäische Union braucht daher eine umfassende und konsequent umgesetzte Politik für den Dienstleistungssektor, die zwangsläufig auf zwei Elementen basiert:

- **Qualitativ hochwertige Beschäftigung für qualitativ hochwertige Dienstleistungen**
Angesichts ihrer hohen Arbeitsintensität ist eine beständig hohe Qualität von Dienstleistungen von kompetenten Mitarbeitern, die unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten. Gleiches gilt für Dienstleistungsinnovation: keine Innovation ohne förderliche Beschäftigungsbedingungen. Aus- und Weiterbildung sowie die Schaffung hochwertiger Arbeitsbedingungen müssen daher zentrale Anliegen einer EU-Politik für den Dienstleistungssektor sein. Dies setzt effektiven Sozialen Dialog und betriebliche Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer voraus.

- **Faire und konsequente Regulierung**

Regulierung in Europa muss mit dem Ziel in Einklang gebracht werden, eine Dienstleistungswirtschaft zu entwickeln, die nachhaltiges Wachstum und qualitativ hochwertige Beschäftigung schafft. Hierzu bedarf es fairen Wettbewerbs, der Unternehmen dazu ermutigt, auf Innovation, Spezialisierung und Produktivitätssteigerung zu setzen. Wie jedoch der Binnenmarkt für Dienstleistungen zeigt, scheitert Europa derzeit daran diese Dynamik in Gang zu setzen: Die aktuelle Strategie, die auf Deregulierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen setzt, fördert vielmehr Marktversagen, Sozialdumping und die Entstehung von Oligopolen. Eine gesunde Entwicklung der europäischen Dienstleistungswirtschaft setzt daher voraus, dass Regulierungsvorhaben auf einer sorgfältigen Abschätzung wirtschaftlicher und sozialer Effekte beruhen und die Expertise von Sozialpartnern miteinbeziehen.

UNI Europa verpflichtet sich, gangbare Vorschläge für die langfristige Entwicklung der europäischen Dienstleistungswirtschaft zu erarbeiten. Wir fordern das Europäische Parlament, die Kommission und den Rat dazu auf, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Dieses Manifest bietet einen ersten Überblick über die Bereiche, die prioritär von einer solchen europäischen Dienstleistungspolitik abgedeckt werden müssen.

Investitionen in Arbeitsplätze und qualitativ hochwertige Dienstleistungen

Europa benötigt in den kommenden Jahren ein großangelegtes Investitionsprogramm in Höhe von mindestens 2 % des BIP jährlich, um aus dem Teufelskreis von Sparpolitik, Investitionsstau und anhaltender Krise auszubrechen. Ein solcher Investitionsplan muss das Ziel unterstützen, eine Dienstleistungswirtschaft zu entwickeln, die nachhaltiges Wachstum und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schafft. Zudem muss der Förderung sozialer Investitionen angemessenes Gewicht beigemessen werden, um die Situation der am stärksten von der Krise betroffenen Gruppen wie Frauen, Jugendliche, Migranten und Menschen mit Behinderungen zu verbessern.

- **Investitionen in Qualifikationen für Qualität und Innovation**

Unsere sich verändernden Gesellschaften und Märkte produzieren fortlaufend neue Herausforderungen, denen mit innovativen, qualitativ hochwertigen Dienstleistungen begegnet werden muss. Investitionen in qualifizierte Arbeitnehmer, die in der Lage sind, diese Dienstleistungen zu erbringen, sind von entscheidender Bedeutung für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität in Europa. Besonderes Augenmerk muss Qualifikationen für soziale Innovationen gelten. Innovationsprozesse müssen die Interessen der Arbeitgeber und Verbraucher miteinbeziehen, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

- **Investitionen in Dienstleistungsinfrastruktur**

Dienstleistungen, mit denen die Bedürfnisse einer sich verändernden Gesellschaft und einer ressourcenschonenden Wirtschaft erfüllt werden, sind von der Existenz einer modernen Dienstleistungsinfrastruktur abhängig. Investitionen etwa in Betreuungseinrichtungen oder ‚grüne‘ IKT müssen daher Vorrang erhalten. Darüber hinaus verspricht ein Eingehen auf den Infrastrukturbedarf des wachsenden Dienstleistungssektors eine hohe Rendite im Hinblick auf Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Der Aufbau eines EU-Zahlungssystems für den Online-Handel ist eine solche Gelegenheit, die nicht verpasst werden darf.

Sozialer Dialog für eine starke Dienstleistungswirtschaft

Der Soziale Dialog ist ein wirksames Instrument zur Schaffung und Erhaltung der qualitativ hochwertigen Beschäftigungsbedingungen, von der eine starke und innovative Dienstleistungswirtschaft abhängt. Daher muss ein effektiver Sozialer Dialog gefördert werden, einer, der offen ist für alle Arten von Beschäftigten, seien sie selbständig, teilzeitbeschäftigt oder entsandte Arbeitskräfte. Die EU muss eine angemessene Finanzausstattung sicherstellen und die Einrichtung von Ausschüssen für den europäischen sektoralen Sozialen Dialog dort unterstützen, wo sie derzeit fehlen.

- **Verbesserung der Wirksamkeit des Sozialen Dialogs**
Der sektorale Soziale Dialog trägt dazu bei, Herausforderungen und Probleme für die Arbeit im Dienstleistungssektor in sozial ausgewogener Weise anzugehen. Die Sachkenntnis der Sozialpartner gewährleistet, dass die sektorspezifischen Bedingungen angemessen berücksichtigt werden, sei es bei der Festlegung von Strategien bezüglich altersgerechter Arbeitsplätze oder der Definition von Bestimmungen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern wahren nicht nur den Subsidiaritätsgedanken: Aufgrund der aus der Praxis gespeisten Sachkenntnis der Sozialpartner stellt ihre Beteiligung an Gesetzgebungsprozessen die Verhältnismäßigkeit der von ihnen getroffenen Übereinkünfte sicher. Die EU muss daher ihre gesetzliche Rolle erfüllen, indem sie aus dem Sozialpartner Vereinbarungen in Rechtsakte umsetzt, wenn diese es wünschen.
- **Ausbildung einer starken EU Dimension in den Industriellen Beziehungen**
Die Dienstleistungswirtschaft ist wahrhaft europäisch geworden. Der gemeinsame Binnenmarkt erlaubt es Unternehmen, zu multinationalen Unternehmen zu werden oder umfassende Outsourcing- oder Offshoring-Strategien umzusetzen. Die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern müssen an diese neue Realität angepasst werden. Die EU muss daher mehr tun, um die Rechte der Arbeitnehmer gegenüber Unternehmen zu stärken, deren Entscheidungen Arbeitnehmer in mehr als einem Land betrifft. Insbesondere erfordert dies einen verpflichtenden europäischen Gesetzesrahmen für die Beteiligung der Beschäftigten bei der Vorbereitung auf und dem Umgang mit Umstrukturierungen.

Arbeitnehmerrechte für qualitativ hochwertige Beschäftigung statt prekärer Arbeit

Die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor ist essentiell für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Ungleichheit in Europa. Und doch leiden zu viele Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich unter niedriger Bezahlung, erzwungener Teilzeitarbeit, mangelnder sozialer Absicherung, mangelhaften Vorkehrungen zum Arbeitsschutz oder unter Arbeit zu unsozialen Zeiten. Insbesondere schutzbedürftige Gruppen (z.B. Jugendliche, Frauen, Migranten) sind hiervon betroffen und fordern eine Europäische Union, die alles in Bewegung setzt, um Arbeitsbedingungen zu verbessern und prekäre Beschäftigung im Dienstleistungsbereich zu bekämpfen.

- **Stärkung der Tarifverhandlungen und der Gewerkschaften**
Die Beschäftigten im Dienstleistungssektor und ihre Gewerkschaften darin zu bestärken, Tarifverhandlungen zu führen und ihr Streikrecht wahrzunehmen, ist das wirksamste Instrument, um faire Löhne und qualitativ hochwertige Beschäftigung zu fördern. Die EU muss daher die Grundrechte der Arbeitnehmer achten und fördern und dafür sorgen, dass alle Berufstätigen im Dienstleistungsbereich, einschließlich der Selbständigen, diese ausüben können.
- **Wirksame Gesetze zum Beschäftigungsschutz**
Faire und inklusive Arbeitsmärkte bedürfen konsequenter Regeln. Legale Grauzonen führen zu prekärer Beschäftigung wie Scheinselbständigkeit und schutzlos entsandten Arbeitnehmern. Solche Schlupflöcher müssen durch eindeutige Regelungen inklusive wirksamer Mindeststandards für die soziale Absicherung geschlossen werden. Wenn Arbeitnehmer außerhalb der Grenzen des eigenen Landes entsandt werden, muss die Gesetzgebung des Gastlandes Anwendung finden. Die Nutzung der Sachkenntnis der Sozialpartner ist von entscheidender Bedeutung für die Schaffung eines betrugssicheren europäischen Arbeitsmarktsystems, insbesondere mit Hilfe von Vereinbarungen der europäischen Sozialpartner.
- **Sicherstellung wirksamer Durchsetzungsmechanismen**
Die Sparpolitik hat die Fähigkeit der Mitgliedstaaten zur Durchsetzung der Gesetze geschwächt, was insbesondere in Sektoren wie Reinigung und Pflege zu einem Anwachsen der informellen Wirtschaft führt. Es werden finanziell gut ausgestattete, effiziente Arbeitsinspektionen benötigt, um diesen Trend zu stoppen.

Ein europäischer Binnenmarkt für *qualitativ hochwertige Dienstleistungen*

Eine qualitäts- und innovationsorientierte Dienstleistungswirtschaft muss in einen Binnenmarkt eingebettet sein, der fairen Wettbewerb und Konvergenz fördert. Allerdings verkörpert gerade die Dienstleistungsrichtlinie den fehlgeschlagenen Versuch einer Binnenmarkt-Integration, die im Endergebnis vor allem zu Sozial- und Lohndumping sowie prekären Beschäftigungsverhältnissen führt. Diese Form der Integration verschlechtert die Arbeitsbedingungen im Dienstleistungssektor und als logische Konsequenz auch die Qualität der erbrachten Dienstleistungen. Eine Integration im Interesse der Verbraucher, Arbeitnehmer und der Gesellschaft erfordert einen differenzierteren Ansatz zur (Neu-)Regulierung des Binnenmarktes.

- **Stärkung der sozialen Rechte im Binnenmarkt**

Tarifvereinbarungen dürfen nicht von Binnenmarktbestimmungen unterminiert werden. Ebenso wenig darf der Binnenmarkt im Widerspruch zu Arbeitnehmerrechten stehen. Der Vorschlag der europäischen Gewerkschaftsbewegung für ein Protokoll des sozialen Fortschritts bietet klare Leitlinien für eine Korrektur der derzeitigen Ungleichgewichte zwischen wirtschaftlichen und sozialen Rechten. Die überarbeitete Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit ihrer verpflichtenden Sozialklausel ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, der nun konsequent umgesetzt werden muss.

- **Qualitativ hochwertige und verfügbare Dienstleistungen allgemeinen Interesses**

UNI Europa besteht darauf, dass die Definition und Erbringung von Dienstleistungen allgemeinen Interesses eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten ist. Insbesondere lehnen wir die geplante Liberalisierung bei der Vergabe von Dienstleistungskonzessionen ab. Wettbewerb kann kein Selbstzweck sein. In der Vergangenheit durchgeführte Liberalisierungsmaßnahmen, die zum Beispiel dazu geführt haben, dass die Bevölkerung auf dem Land keinen zufriedenstellenden Zugang mehr zu Postdienstleistungen hat, verdeutlichen dies und müssen daher rückgängig gemacht werden.

Qualifikationen für Qualität und Innovation im Dienstleistungssektor

Qualitativ hochwertige Dienstleistungen und erfolgreiche Innovationen im Dienstleistungssektor bedürfen sachkundiger Arbeitnehmer. Hohe Standards bei Aus- und Weiterbildung sind daher von entscheidender Bedeutung für eine starke Dienstleistungswirtschaft. Ergänzt werden muss dies durch einen kohärenten europäischen Qualifikationsrahmen, der die grenzübergreifende Anerkennung von Kompetenzen gewährleistet. Diesbezügliche Maßnahmen müssen unverzüglich ergriffen werden: die derzeit diskutierten Programme für Beschäftigungsgarantien für Jugendliche erreichen üblicherweise, dass die meisten teilnehmenden Jugendlichen Arbeit im Dienstleistungssektor finden. Umso wichtiger ist es, im Dienstleistungsbereich Maßnahmen für eine ausgezeichnete berufliche Ausbildung zu entwickeln.

- **Förderung der Zusammenarbeit für Qualifikationen im Dienstleistungsbereich**

Dienstleistungsspezifische Qualifikationen, wie die Fähigkeit zur Interaktion oder Betreuung, sind wesentlich für die Qualität vieler Dienstleistungen. Und doch werden sie in vielen nationalen Systemen der beruflichen Bildung nicht als formale Kompetenzen anerkannt. Hier ist eine europäische Zusammenarbeit von größter Wichtigkeit, um die besten Verfahrensweisen auf diesem Gebiet zusammenzufassen und Qualifikationsbedarfen in diesem Bereich zu begegnen. Die Zusammenarbeit von Sozialpartnern, zum Beispiel in Form Sektorausschüssen für Beschäftigung und Kompetenzen, kann wertvolle Hinweise bezüglich der dringlichsten Herausforderungen und einer angemesseneren Lösung darauf liefern.

- **Gewährleistung des Zugangs zu lebenslangem Lernen im Dienstleistungssektor**

Die Dauer der individuellen Berufstätigkeit im Dienstleistungsbereich wird immer länger. Gleichzeitig verändert sich der Qualifikationsbedarf in nie dagewesener Geschwindigkeit. Beschäftigte im Dienstleistungssektor müssen daher ein durchsetzbares Recht auf lebenslanges Lernen haben, damit sie ihre individuellen Kompetenzen weiterentwickeln können. Dies schließt das Recht auf bezahlten Urlaub zu Fortbildungszwecken mit ein. Im Dienstleistungssektor ist es besonders wichtig, ausgezeichnetes lebenslanges Lernen zu gewährleisten: eine (Re)Integration schutzbedürftiger Gruppen in den Arbeitsmarkt gelingt für gewöhnlich über eine Beschäftigung im Dienstleistungsbereich. Der Europäische Sozialfonds kann in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern hierzu beitragen, indem er Programme auflegt, die die Vermittelbarkeit der Arbeitnehmer im Falle von Umstrukturierungen fördert.

Stärkung der Beziehungen zwischen Beschäftigten und Verbrauchern

Für eine gut funktionierende Wirtschaft und eine lebenswerte europäische Gesellschaft ist ein beständig hohes Qualitätsniveau der Dienstleistungen von essentieller Bedeutung. Kunden haben ein Recht auf gute Dienstleistungen. Und doch ist dieses Recht ohne Bedeutung, solange den Beschäftigten Arbeitsbedingungen verwehrt bleiben, die es ihnen ermöglichen, qualitativ hochwertige Dienstleistungen auch tatsächlich zu erbringen. Die EU muss daher Synergien zwischen den Rechten von Kunden und Beschäftigten stärken.

- **Standardisierung von Dienstleistungen für Verbraucher und Beschäftigte**
Eine europäische Standardisierung von Dienstleistungen muss die Interdependenz zwischen Arbeitsbedingungen und Servicequalität angemessen widerspiegeln. Eine Dienstleistungsstandardisierung, die zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt, ist nicht hinnehmbar. Die europäischen Standardisierungsbehörden müssen diesem Anspruch gerecht werden und den Sozialpartner gegenüber verantwortlich sein.
- **Interessenkonflikte verhindern**
Leistungsmanagement-Systeme auf Unternehmensebene, etwa in Form variabler Vergütungssysteme, können Mitarbeiter unter Druck setzen, damit sie den Gewinn des Unternehmens maximieren, im Zweifel auch gegen Kundeninteressen. Um sicherzustellen, dass qualitativ hochwertige Beratung im Zentrum der Beziehung zwischen Beschäftigten und Kunden steht, muss die EU die Sozialpartner darin unterstützen, unverhältnismäßigen Verkaufsdruck zu eliminieren, oder selbst gesetzgeberisch tätig werden.

Dienstleistungen, Globalisierung und internationaler Handel

Das Volumen des internationalen Handels im Dienstleistungsbereich wächst, nicht zuletzt als Folge von Handelsabkommen die von der EU ausgehandeltet und unterzeichnetet werden. Solche Vereinbarungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Beschäftigungssituation im Dienstleistungssektor, wenn sie den Abbau von ‚Handelsbarrieren‘ durch Maßnahmen zur Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung vorschreiben. Die EU muss das Ziel der Schaffung qualitativ hochwertiger Beschäftigung im Dienstleistungsbereich verteidigen, insbesondere bei den Verhandlungen über die vorgesehenen Abkommen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft.

- **Keine Gefährdung des sozialen Fortschritts durch intransparente Verhandlungen**
Handelsabkommen müssen in einer Weise ausgearbeitet werden, die eine umfängliche öffentliche Prüfung zulässt. Vereinbarungen, die eine Liberalisierung gemäß Modus 4 der WHO (Freizügigkeit von Arbeitnehmern) vorsehen, ohne dass die Anwendbarkeit der Regelungen des Gastlandes sichergestellt ist, sind nicht hinnehmbar. Wir wenden uns ebenso gegen weitere Maßnahmen zur Privatisierung und Liberalisierung von Dienstleistungen allgemeinen Interesses. Die Wahrung der kulturellen Vielfalt, wie sie von der UNESCO-Konvention vom 20. Oktober 2005 vorgesehen ist, fordert des Weiteren, dass audiovisuelle Medien und kulturelle Vorhaben von Handelsabmachungen ausgenommen sind.
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit durch den internationalen Handel**
Handelsabkommen müssen soziale Schutzklauseln enthalten und dazu dienen, menschenwürdige Beschäftigung zu fördern. Aus diesem Grund darf die EU keine Handelsabkommen mit Ländern abschließen, in denen die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verletzt werden. Unter keinen Umständen dürfen Handelsabkommen Verfahren zur Streitschlichtung etablieren, die die Rechte der Investoren über die der Arbeitnehmer stellen.

Dienstleistungsforschung für eine starke Dienstleistungswirtschaft

Eine erfolgreiche EU-Politik für eine qualitäts- und innovationsorientierte Dienstleistungswirtschaft muss sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützen. Dies erfordert praxisnahe Forschungsprogramme, welche die verschiedenen Stränge ausgezeichneter Forschung zu Themen wie Arbeitsbedingungen, Geschäftsmodelle oder Innovationen im Dienstleistungsbereich, zusammenführen.

- **Gewährleistung ausreichender Finanzmittel für Dienstleistungsforschung**
Die Möglichkeiten und Grenzen einer EU Dienstleistungspolitik müssen als Forschungsthema etabliert werden, um den Erfolg der europäischen Dienstleistungswirtschaft sicher zu stellen. Im Rahmen der neuen „Horizon 2020“ Initiative muss eine ausreichende Finanzierung dieser notwendigerweise länderübergreifenden Forschung gesichert werden.
- **Bessere Verwertung von Forschungsergebnissen im Dienstleistungsbereich**
Eine solide Entwicklung der europäischen Dienstleistungswirtschaft erfordert eine engere Verknüpfung zwischen WissenschaftlerInnen, politischen EntscheidungsträgerInnen und den Sozialpartnern. EU-Finanzmittel für die Forschung im Dienstleistungsbereich müssen daher speziell auf einen effizienteren Dialog zwischen den Beteiligten ausgerichtet werden.

Folgen das europäische Parlament und die Kommission den Leitlinien, die in diesem Manifest dargelegt werden, so haben sie die Gelegenheit, einen gangbaren Weg in Richtung einer sozialen und wirtschaftlichen Erholung zu beschreiten. Nur eine verantwortungsvoll regulierte Dienstleistungswirtschaft kann ihr Potential voll ausschöpfen, um Europa aus der gegenwärtigen Krise zu holen und die Zukunft Europas zu sichern.